

Resolution der Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis / Alianza del Clima zur umweltfreundlichen und fairen Beschaffung

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 17. Juni 2003 in Berlin



CLIMATE ALLIANCE
KLIMA-BÜNDNIS
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

Resolutionstext

Die Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis ruft die Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, die Richtlinien so zu ändern, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eindeutig berücksichtigt werden können.

Wir rufen Sie dazu auf die Worte "für den Auftraggeber" in **Artikel 53(1)**¹ zu löschen, damit Städte und Gemeinden öffentliche Anliegen in Ihre Entscheidung einbeziehen können, wenn sie einen Auftrag aufgrund des vorteilhaftesten Angebots für die Gesellschaft als ganzes auswählen, bei dem die ökonomischen Vorteile nicht allein beim Auftraggeber liegen.

Die Klima-Bündnis-Mitgliederversammlung in Berlin empfiehlt den Mitgliedern, diese Resolution an ihre Abgeordneten im Europaparlament weiterzureichen.

Begründung

Das Europäische Parlament diskutiert gegenwärtig einen Vorschlag zur Revision der aktuellen EU-Richtlinien zur Vergabe öffentlicher Lieferanträge, Dienstleistungsaufträge und Bauaufträge.

Dieser Vorschlag hat Auswirkungen auf einen Marktanteil von über 15% des BIP in der EU und wird wichtige Konsequenzen dafür haben, wie wir die öffentlichen Ausgaben verwalten und für die soziale und Ökonomische Entwicklung in unseren Städten und Gemeinden einsetzen können.

Gegenwärtig kann die Einbeziehung von ökologischen und sozialen Belangen in Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge von der die EU-Kommission als Verletzung der Binnenmarktrichtlinien angesehen werden. Städte und Gemeinden, die Aspekte wie die Reduzierung von Umweltbelastungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt, die Unterstützung fair gehandelter Produkte oder fairer Löhne als zusätzliche Kriterien bei der Endauswahl von öffentlichen Aufträgen berücksichtigen, können mit Strafverfolgung konfrontiert werden.

¹ Artikel 53 – Zuschlagskriterien: "1(a) ...wenn der Zuschlag auf das **für den Auftraggeber** wirtschaftlich günstigste Angebot erfolgt, mehrere Kriterien die in direktem Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen z. B. Qualität, Preis, technischer Wert, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, Umwelteigenschaften, Betriebskosten, Rentabilität, Kundendienst und technische Hilfe, Lieferzeitpunkt und Frist für die Lieferung beziehungsweise die Ausführung der Bauleistungen..."

**Resolution zur umwelt-
freundlichen und fairen
Beschaffung**

Juni 2003

European Secretariat
Galvanistr. 28
D-60486 Frankfurt am Main
Fon +49-69-71 71 39-0
Fax +49-69-71 71 39-93
europe@klimabuendnis.org
www.klimabuendnis.org

In der Vergangenheit hat der Europäische Gerichtshof die Gesetzeslücke in den bisherigen Richtlinien mit einer Reihe von fortschrittlichen Rechtssprüchen gefüllt (wie im 'Helsinki Bus Urteil' oder im 'Region Nord-Pas de Calais' Fall), die einen soliden Erfahrungsschatz an Möglichkeiten zur Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen darstellten. Überall in Europa hat sich eine wachsende Zahl von Städten und Gemeinden zur ökologischen Beschaffung und zum fairem Handel verpflichtet, und gab damit der EU-Kommission klare Zeichen für künftige Änderungen in den Beschaffungsrichtlinien. Leider hat der Revisionsvorschlag der EU-Kommission diese Entwicklungen nicht berücksichtigt und beeinträchtigt somit die Einbeziehung sozialer und ökologischer Aspekte in die Beschaffungspolitik der Kommunen.

Wir als lokale EntscheidungsträgerInnen sind gegenüber unseren BürgerInnen für Steuergelder verantwortlich. Wir haben die große Verantwortung und die Pflicht in unseren Städten und Gemeinden mit unserer Sozial-, Beschäftigungs-, Antidiskriminierungs und Umweltpolitik für öffentliche und private Angelegenheiten ein Vorbild zu sein. Die öffentliche Beschaffung ist ein ideales Instrument dies zu erreichen. Deshalb muss es uns rechtlich möglich sein, soziale, ökologische und ethische Aspekte zu integrieren und die übergreifenden Interessen unserer Kommunen zu berücksichtigen. Der Änderungsvorschlag, der auch von Verbänden, Netzwerken und Gewerkschaften unterstützt wird, beinhaltet, dass neben betriebswirtschaftlichen Aspekten auch volkswirtschaftliche Kriterien heangezogen werden können.



CLIMATE ALLIANCE
KLIMA-BÜNDNIS
ALIANZA DEL CLIMA e.V.

**Resolution zur umwelt-
freundlichen und fairen
Beschaffung**

Juni 2003

European Secretariat
Galvanistr. 28
D-60486 Frankfurt am Main
Fon +49-69-71 71 39-0
Fax +49-69-71 71 39-93
europe@klimabuendnis.org
www.klimabuendnis.org